



## SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT

*BW*  
*(a.u.)*

PB Nr. 1 / LA/si on Ottawa, den 3. Januar 1975

Datum					27. JAN. 1975 B
Visa					<i>JK</i>
EPD		27. JAN. 1975 B			
Ref p.A. 21.31.		<i>Ottawa</i>			

---

 Die Beziehungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten
 

---

1969/1970 hat Premierminister Trudeau die kanadische Aussenpolitik neu formuliert. Es handelte sich dabei nicht nur um eine Verschiebung von Akzenten sondern vielmehr um den Versuch, erstmals in der Geschichte Kanadas eine Politik zu definieren, die der kanadischen Eigenständigkeit Rechnung tragen und sie zum Ausdruck bringen sollte. Nachdem Grossbritannien bis zum zweiten Weltkrieg einen beherrschenden Einfluss ausgeübt hatte, traten in den folgenden Jahrzehnten die Vereinigten Staaten an seine Stelle. Von Kanada im Interesse der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung willkommenegeheissen, hatten sich amerikanische Investitionstätigkeit und Präsenz auf allen Gebieten des kanadischen Lebens beinahe schrankenlos entwickeln können : drei Viertel des kanadischen Produktionsapparates befindet sich in amerikanischen Händen, kanadische Gewerkschaften erhalten ihre Befehle aus dem Süden, das Pentagon sorgt für die Verteidigung des kanadischen Nordens etc. "Wenn Amerika niest" - so wird hier das Abhängigkeitsverhältnis ausgedrückt - "bekommt Kanada die Grippe".

Die neue Aussenpolitik war darauf angelegt, einen Weg zwischen Auslieferung an die Vereinigten Staaten und Antiamerikanismus zu definieren : Beschränkung des amerikanischen Einflusses ohne die traditionelle Freundschaft aufzugeben und Diversifikation der Aussenbeziehungen (politique étrangère

./.

"tous azimuts"). Diese Neuorientierung führte u.a. zur Anerkennung Pekings bevor Washington die ersten Fühler auszustrecken begann und - gegen den ausdrücklichen Wunsch des Nachbarn - zu einer wesentlichen Reduktion des NATO-Engagements. Obwohl die kanadische Regierung sich ausdrücklich dagegen verwahrte, eine antiamerikanische Politik einzuleiten, konnte nicht vermieden werden, dass zahlreiche Massnahmen, die in relativ konsequenter Anwendung dieser sogenannten "third option" ergriffen wurden, in ihren Auswirkungen vor allem amerikanische Interessen tangierten. So beispielsweise das Gesetz zur Wahrung der Staatshoheit in der Arktik, kanadische Kontrolle der Finanzinstitute (Verbot ausländischer Banken), Verbot amerikanischer Werbesendungen in Radio und Fernsehen, kanadische Kontrolle der Uranproduktion sowie ausländischer Investitionen (85 % sind amerikanisch), Aufkauf von amerikanischen Firmen, die hauptsächlich in Kanada tätig sind, durch die Canadian Development Corporation usw.

Durch diese Entwicklung wurden die gegenseitigen Beziehungen allerdings nicht wesentlich beeinträchtigt. Die Massnahmen sind, wenn man den Umfang und die Intensität der amerikanischen Penetration in Betracht zieht, fragmentarisch und allzu oft nur oberflächlich wirksam. Ausserdem hätten die Vereinigten Staaten Anklagen zu mindest moralisch nicht rechtfertigen können. Durch den Einbezug des Nachbarn in die Wirtschaftsmassnahmen vom August 1971 hatte man den Kanadiern das Abhängigkeitsverhältnis drastisch zum Bewusstsein gebracht und damit wesentlich dazu beigetragen, dem latenten nationalistischen Trend zum Durchbruch zu verhelfen.

Eine tiefer gehende Störung im gegenseitigen Verhältnis ergab sich erst aufgrund der Entwicklungen im Energiebereich. Die Vereinigten Staaten decken 25 % ihres Einfuhrbedarfs an Oel in Kanada, wobei einige Raffinerien in den Staaten Michigan und Minnesota von kanadischen Lieferungen abhängig sind, da sie keine alternativen Versorgungsquellen

besitzen. Als sich 1973 in den Vereinigten Staaten die Energiekrise abzuzeichnen begann, verhängte Ottawa nacheinander Ausfuhrbeschränkungen auf Rohöl (1. März), Benzin- und Heizöl (16. Juni) und Schweröl (15. Oktober). Auf dem Preissektor sorgte die kanadische Bundesregierung mit der Einführung von Exportabgaben, die Ende 1973/Anfang 1974 in rascher Folge gesteigert wurden, dafür, dass das kanadische Erdöl mit den Weltmarktpreisen Schritt hielt, und der bis jetzt nicht gelöste Besteuerungstreit zwischen Bund (Exportsteuer) und Provinzen (Regalabgaben) liess in der Folge den Preis des kanadischen Erdöls über den Weltmarktpreis ansteigen. Gleichzeitig wurde der Inlandpreis durch ein Subventionssystem auf dem niedrigen Niveau von \$ 6.50 pro Fass eingefroren und damit der kanadischen Industrie ein Wettbewerbsvorteil gegenüber der amerikanischen Konkurrenz verschafft. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Entwicklung Ende November 1974 mit der Ankündigung eines Planes, dem zufolge die kanadischen Erdölexporte nach den Vereinigten Staaten über die nächsten Jahre hinweg einem Stufenplan gemäss erheblich reduziert und, falls keine bedeutenden neuen Erdölreserven entdeckt werden, bis 1982 gänzlich eingestellt werden sollen.

Mit seiner Erdölpolitik traf Kanada einen wunden Punkt. Es schien nicht nur amerikanischen Beobachtern, dass Ottawa die neugewonnene Position der Stärke voll ausnützte und zu ausschliesslich auf die eigenen Interessen abstellte, ohne übrigens das politische Odium der Preissteigerungen auf sich nehmen zu müssen. Washington reagierte entsprechend. Ausfuhrkontrollen und -abgaben führten zu ungehaltenen Noten des Staatsdepartementes und zu Angriffen von Seiten amerikanischer Abgeordneten und Senatoren sowie der betroffenen Industriekreise gegen die Rücksichtslosigkeit der "blauäugigen Scheiche aus dem Norden". Nach Ankündigung der Exportdrosselung ging eine Gruppe von Senatoren unter der Leitung von Senator Brock soweit, die Erhebung einer Transitsteuer auf dem Erdöl zu fordern, das Kanada aus Uebersee bezieht und

das den kanadischen Markt durch die auf amerikanischem Territorium gelegene Pipeline von Portland nach Montreal erreicht. In dieser belasteten Atmosphäre wurden Ansätze, die Energiepolitik im kontinentalen Rahmen zu organisieren, im Keime erstickt. Es wurden vielmehr auch andere Gebiete davon betroffen. Im August 1974 hatte Kanada Einfuhrbeschränkung auf amerikanisches Schlachtvieh verhängt. Zum ersten Male seit Jahrzehnten antwortete Washington mit ausdrücklich als Vergeltungsaktion bezeichneten Massnahmen, indem es seinerseits im November die kanadischen Schlachtvieh-Lieferungen Einfuhrkontrollen unterstellte.

Der Antrittsbesuch Premierminister Trudeaus bei Präsident Ford anfangs Dezember 1974 fand in einer, angesichts der Umstände, über Erwarten guten Atmosphäre statt. Wie mir Ivan Head, der aussenpolitische Berater des Premierministers, nach dem Besuch sagte, hat sich Trudeau von seiner besten Seite gezeigt und damit das anfänglich offenkundige Misstrauen, das Ford dem als "intellektuell" und "arrogant" geltenden Gast gegenüber hegte, schnell beseitigt. In der Zukunft dürfte somit das gute persönliche Verhältnis zwischen den beiden Staatsmännern einen freundschaftlichen Dialog erleichtern. Die Zusammenkunft hat indessen zu keinen konkreten Entscheidungen geführt, die zur Besserung des Verhältnisses hätten beitragen können. Man sei sich zwar spontan einig gewesen, so sagte X, dass der "Fleischkrieg" zwischen den beiden Ländern nicht in dieser "unwürdigen" Form hätte ausbrechen dürfen und in Zukunft derartige Entwicklungen zu vermeiden seien. In der zentralen Frage der Exportbeschränkung für Erdöl rückte Trudeau jedoch nicht von den gefassten Entschlüssen ab. Ford, der darauf hinwies, in dieser Beziehung starkem Druck von Interessengruppen in Kongress und Senat ausgesetzt zu sein, musste sich mit dem Versprechen abfinden, dass Kanada die Lieferungen nur nach Konsultation unter die von den amerikanischen Raffinerien benötigte Menge werde absinken lassen. Spätere

Interviews von Teilnehmern am Frühstück, das eine Gruppe von Senatoren für Trudeau organisiert hatte, liessen im übrigen deutlich werden, dass der Premierminister bei den amerikanischen Volksvertretern wenig Verständnis für seine Erdölpolitik im allgemeinen und die geplante Exportbeschränkung im besonderen fand.

Will man die Entwicklung der kanadisch-amerikanischen Beziehung im vergangenen Jahre beurteilen, so ist ein gewisser Vertrauensschwund nicht zu verkennen. Er wird vielleicht am besten dadurch illustriert, dass über das ganze Jahr hinweg ein merklicher Rückgang des amerikanischen Interesses an der Erforschung kanadischer Energiequellen festzustellen war, der übrigens nach dem Besuch Trudeaus in Washington durch den Rückzug der amerikanischen Atlantic Richfield Corporation aus dem Athabaska Teersand-Projekt eine markante Bestätigung fand. Man kann sich fragen, ob Kanada nicht eine wertvolle Gelegenheit verpasst hat, durch eine etwas grosszügigere Handhabung seiner Erdölpolitik die Vertrauensbasis nicht nur in den Beziehungen zu Amerika, sondern auch zu den andern grossen Wirtschaftsmächten - Europa und Japan - zu festigen. Wie Sie aus meiner früheren Berichterstattung wissen, hat vor allem Japan auf den kanadischen Wunsch nach Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit wenig enthusiastisch reagiert, wobei seinem Zögern dieselben Motive zugrunde liegen, die die amerikanische Zurückhaltung diktieren.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAEFTSTRAEGER a.i.



Adolf G. Lacher